

Trump entzieht Harvard das Recht, ausländische Studenten aufzunehmen!

Die Trump-Regierung entzieht Harvard das Recht, ausländische Studenten aufzunehmen, aufgrund von Vorwürfen antisemitischer Umstände.



Cambridge, USA - Die Trump-Administration hat entschieden, dass Harvard keine internationalen Studenten mehr aufnehmen darf. Dies geht aus einer Mitteilung des Ministeriums für Heimatschutz hervor. Magnitärin Kristi Noem erklärte, dass Harvard das „Privileg verloren“ habe, ausländische Studenten zu immatrikulieren, und begründete dies mit einer als unsicher empfundenen Campus-Umgebung für jüdische Studenten. Die Behauptung wird auch durch Vorwürfe gestützt, Harvard habe ohne Beweise mit der Kommunistischen Partei Chinas kooperiert.

Rund 27 Prozent der Studentenschaft an Harvard sind international; dies entspricht etwa 6.800 Studenten in diesem

Jahr. Nach der Entscheidung müssen diese Studierenden entweder einen anderen Studienplatz finden oder riskieren, ihren legalen Aufenthaltsstatus zu verlieren. Die Maßnahme wurde als rechtswidrig kritisiert, da Harvard sich bemühe, ein sicheres Umfeld für alle Studierenden zu schaffen und Unterstützung für die Betroffenen anbietet. Harvard hat bereits rechtliche Schritte gegen die Bundesregierung eingeleitet, insbesondere nach der Streichung milliardenschwerer Zuschüsse.

Streit über Antisemitismus-Vorwürfe

Die Spannungen zwischen der Trump-Regierung und Harvard haben zugenommen. Noem sprach von „illegalen und gewalttätigen Aktivitäten“, die von ausländischen Studentenvisa-Inhabern ausgehen. Die argumentierte Bedrohung von Anti-Israel-Demonstrationen auf dem Campus wird von der Trump-Regierung als antisemitisch eingeordnet.

Harvard wehrt sich gegen die Vorwürfe und betont, dass sie sich aktiv gegen Antisemitismus einsetzen und die akademische Freiheit wahren. Offizielle Dokumente, die bis zum 30. April vorgelegt werden müssen, sollen klären, inwiefern die Universität ihrer Verantwortung nachgekommen ist.

Finanzielle Konsequenzen und Zukunft der Universität

Trumps Regierung hat bereits Fördermittel in Milliardenhöhe eingefroren und droht mit weiteren finanziellen Maßnahmen, einschließlich der möglichen Aufhebung der Steuerbefreiung für die prestigeträchtige Institution. Dies würde Harvard schwer treffen, da die Universität ein Stiftungskapital von 53,2 Milliarden Dollar verwaltet. Die US-Regierung hat sich verpflichtet, den Zugang zu den gelben Zuschüssen zu kontrollieren, was für Harvard erhebliche wirtschaftliche Folgen haben könnte.

Die Entscheidung und die dahinterstehenden Vorwürfe haben eine breite Debatte über Antisemitismus und die Rolle von Hochschulen in der politischen Landschaft ausgelöst. Für die 6.800 internationalen Studenten bedeutet dies, dass ihre Zukunft an Harvard vor einer ungewissen Wende steht, während die Universität weiterhin an ihrer Position festhält, dass die Maßnahmen der Regierung als Vergeltung für ihre pro-palästinensischen Proteste zu werten sind.

Für den Konflikt zwischen Harvard und der Trump-Regierung, der sich über die letzten Monate entwickelt hat, bleibt abzuwarten, welche rechtlichen Schritte ergriffen werden und wie die betroffenen Studierenden Unterstützung erhalten werden.

Welt.de berichtet, dass ...

ZDF informiert darüber, dass ...

Welt.de berichtet über den Hintergrund, dass ...

Details	
Vorfall	Diskriminierung
Ursache	fehlende Informationen über bestimmte ausländische Studierende, feindliche Campus-Umgebung
Ort	Cambridge, USA
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.welt.de• www.zdf.de• www.welt.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de